

# Globaler Klimawandel und Gerechtigkeit: Einstellung und Verhalten der BürgerInnen in Deutschland und Europa<sup>1</sup>

---

Prof. Dr. Udo Kuckartz, Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg,  
kuckartz@staff.uni-marburg.de www.klimabewusstsein.de

---

Einführung.....	1
Klimawandel gilt als ernstes Problem .....	2
Die Situation in Deutschland .....	3
Effekte der Finanzkrise.....	4
Wissen schärft das Bewusstsein .....	4
Das persönliche Handeln .....	5
Wer ist „wir“?.....	7
Das Thema Gerechtigkeit im politischen Diskurs.....	9
Zum Begriff der Gerechtigkeit.....	10
Eine moderne Gerechtigkeitskonzeption: John Rawls Theorie der Gerechtigkeit.....	12
Quellen.....	14

## Einführung

Wie reagieren Menschen auf die globalen Klimaveränderungen? Halten Sie die globale Erwärmung für ein ernstes Problem? Wollen Sie, dass etwas getan wird und sind sie bereit, selbst etwas zu tun? Diesen Fragen möchte ich im Folgenden nachgehen. Im zweiten Schritt wird es dann darum gehen, den Problembereich Gerechtigkeit etwas näher zu beleuchten. Ich werde fragen, was denn überhaupt Gerechtigkeit ist und welche Formen von Gerechtigkeit sinnvollerweise unterschieden werden können. Mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls wird abschließend eine zeitgemäße theoretische Herangehensweise vorstellen, die

---

<sup>1</sup> Dieses Paper wurde auf der Tagung „Klimawandel und Gerechtigkeit“ der Bundeszentrale für politische Bildung am 27.11.09 in Hamburg präsentiert. Es basiert auf den Daten der neuesten Eurobarometer-Studien. Einen Link auf die Original-Reports findet man auf der Webseite [www.klimabewusstsein.de](http://www.klimabewusstsein.de)

sich meines Erachtens sehr gut als Bezugsrahmen für die Diskussion des Problems „Klimawandel und Gerechtigkeit“ eignet.

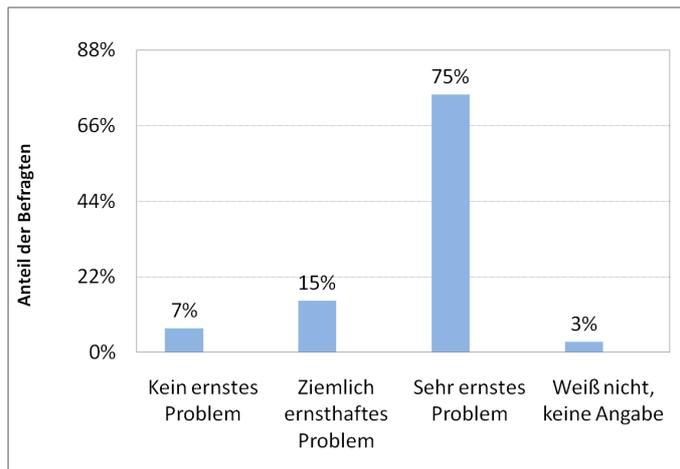
## Klimawandel gilt als ernstes Problem

Die Messwerte der Klimaforscher, die Bilder von den abschmelzenden Gletschern, die Nachricht über die 2007 erstmals eisfreie Schiffspassage über den Nordpol, all dies garantiert noch lange nicht, dass die globale Erwärmung auch als ernstes Problem von den Menschen wahrgenommen wird. Die empirische nationale und internationale Forschung, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde, zeigt allerdings, dass das Thema große Aufmerksamkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt und von der großen Mehrheit der Europäer auch als ein ernstes Problem bewertet wird. Das Bild, das die Studien zeichnen, ist aber nicht ohne Widersprüche. Die Ergebnisse differieren stark und lassen die Leser mitunter etwas verwirrt zurück. Hauptgrund ist die oft mangelnde Repräsentativität der Studien, die auch durch eine große Zahl von Befragten nicht kompensiert werden kann. Der folgende Beitrag basiert im Wesentlichen auf den Eurobarometer-Studien, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt werden<sup>2</sup>. Diese Studien sind seriös, repräsentativ und erlauben den Vergleich zwischen den 27 EU-Mitgliedsländern sowie ausgewählten Beitrittskandidaten. Gelegentlich erfolgt in diesem Vortrag auch ein Rückgriff auf die im Zwei-Jahres-Turnus durchgeführten Studien „Umweltbewusstsein in Deutschland“, die vom Umweltbundesamt in Auftrag gegeben werden.

Im Frühjahr 2009 fragte das Eurobarometer mehr als 26 Tausend Europäerinnen und Europäer nach den beiden derzeit größten Problemen auf der Welt. Hinter Armut und der globalen Finanzkrise belegte der Klimawandel Platz drei der Rangliste. Deutschland liegt zwar im europäischen Vergleich nicht an der Spitze, aber mit 65% Nennungen für den Klimawandel im oberen Bereich der von Schweden und Zypern angeführten Vergleichstabelle. Die Daten der 27 EU-Länder sowie der befragten Beitrittskandidaten Türkei, Kroatien und Mazedonien ergeben ein nicht leicht zu interpretierendes Muster. Insgesamt lässt sich – mit diversen Ausnahmen – ein Nord-Süd-Gefälle in der Wahrnehmung feststellen. Besonders wichtig nimmt man die Probleme des Klimawandels in den skandinavischen Ländern, während sich die Türkei, Portugal, Spanien, Italien und die meisten osteuropäischen Länder am anderen Ende der Skala befinden. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind beachtlich: 82% der Schweden rechnen den Klimawandel zu den größten Weltproblemen, aber nur 32% der Türken, 30% der Portugiesen und 33% der Polen.

---

<sup>2</sup> Die Europäische Kommission bietet ein spezielles Webangebot zu den Studien unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)



**Abb. 1:** „Was denken Sie, wie ernst ist derzeit das Problem des Klimawandels bzw. der globalen Erwärmung?“; Europa; ab 15 Jahren; 26.661 Befragte. (Quelle: Europäische Kommission 2008: Eurobarometer 300)

Wie die Abb. 1 zeigt, wird auch bei direkter Nachfrage der Klimawandel als ein durchaus ernsthaftes Problem eingestuft. Nur etwa 10% der Europäer geben sich hier als Klimaskeptiker zu erkennen und halten den Klimawandel für keine ernste Bedrohung. Es steht aber zu vermuten, dass sich unter den 15%, die das Problem als „ziemlich ernsthaft“ einstufen, noch viele Skeptiker befinden. Auffallend ist, dass die Deutschen bei beiden Antwortmöglichkeiten höhere Prozentwerte als der europäische Durchschnitt aufweisen, die Zahl der Skeptiker hier also größer ist.

Welche Personen besitzen eine besondere Sensibilität für das Problem Klimawandel? Betrachtet man Gesamt-Europa (d.h. die 27 EU-Länder), sind es eher jüngere Leute, Personen mit besserer Schulbildung, Studenten, Führungskräfte und politisch der Linken zuneigende Personen.

## Die Situation in Deutschland

Seit 2007 ist das Thema Klimawandel nahezu ständig in den deutschen Medien präsent, so dass es kaum verwundert, dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung von der Existenz des Klimawandels überzeugt ist. Die Ergebnisse der bundesweiten Repräsentativstudie des Umweltbundesamtes von 2008 zeigen, dass dies aber nicht bedeutet, dass die gleiche Mehrheit auch davon ausgeht, dass der Mensch Verursacher des Klimawandels ist. Hiervon sind mal gerade 37% „voll und ganz überzeugt“, bei der Mehrheit gibt es kleinere und größere Zweifel. Den Anteil der Klimaskeptiker in Deutschland muss man nach dieser Studie mit etwa 20% veranschlagen. Leicht düsterer ist das Bild, wenn man die Antworten auf die Frage nach den Folgen des Klimawandels betrachtet. Hier sind es sogar 22%, die keine ernsthaften negativen Folgen erwarten. Dabei sind es in erster Linie monetäre Kosten, etwa für Maßnahmen zur Erhöhung von Deichen, die man als Negativeffekte eines globalen Klimawandels am Horizont sieht, hingegen befürchtet man weniger den Verlust der biologischen Vielfalt oder direkte wirtschaftliche Konsequenzen. Die in den Medien immer wieder genannten Gefahren von sozialen Folgen des Klimawandels werden nur von einer Minderheit für sehr groß gehalten: 12% befürchten Klimaflüchtlinge, 16% Opfer durch Hitzewellen, 10% die Zu-

nahme von Tropenkrankheiten und 10% die kriegerische Auseinandersetzung um Lebensräume. Insgesamt scheint es also zu sein, dass die Mehrheit der Bürger die Wirkungen für Deutschland doch eher als wenig dramatisch einschätzt. Dieser Eindruck wird auch durch die in den letzten Jahren zunehmende Überzeugung bestärkt, dass wir in Deutschland die Folgen des Klimawandels gut bewältigen können.

## Effekte der Finanzkrise

Da das Eurobarometer sowohl im Frühjahr 2008 als auch 2009 Studien durchgeführt hat, lassen sich die Wirkungen der weltweiten Finanzkrise recht gut nachvollziehen. Mit Ausnahme von Schweden sind die Prozentanteile für den Klimawandel als eines der aktuell größten Weltprobleme seit Frühjahr 2008 in allen Ländern zurückgegangen, teilweise sind Rückgänge im zweistelligen Bereich zu verzeichnen, so in Spanien wo die Nennungen von Klimawandel von 67% auf 44% abnahmen. Deutschland steht mit einem Minus von 9% noch besser dar als der europäische Durchschnitt. Zwischen Frühjahr 2008 und 2009 ist zwar die Zahl derjenigen, die Klimawandel als das derzeit größte Weltproblem nennen, in Gesamt-Europa von 62% auf 50% gesunken, damit liegt der globale Klimawandel aber immer noch auf Platz 3 der TOP-Probleme.

Zurückgegangen ist damit nicht nur die Zahl der Personen, die den Klimawandel zu den beiden derzeit größten Weltproblemen zählen, auch die Einschätzung des Schweregrades des Klimaproblems ist im letzten Jahr rückläufig. Auf einer 10-Punkte-Skala konnten die Befragten angeben, für wie schwerwiegend sie das Problem halten. Dass es sich um sein sehr ernstes Problem handelt, dieser Meinung waren 2008 noch 74%, 2009 sind es nur noch 67%. Dieser Rückgang ist zwar nicht dramatisch, aber das Ergebnis zeigt doch, dass die ökonomische Krise die Einschätzung des globalen Klimawandels erheblich beeinflusst hat und dazu beiträgt, dass das Problem trotz der zunehmend alarmierenden Zahlen der Klimaforscher heute für eher weniger wichtig gehalten wird. Es verdient aber doch Beachtung, dass auch in den Ländern, die am unteren Ende des europäischen Vergleichs rangieren (Großbritannien, Niederlande, Polen), immer noch eine Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung von der Schwere des Problems überzeugt ist.

Schaut man sich näher an, welche Personengruppen es sind, die den Klimawandel als eher nicht so ernst einstufen, so sind es häufiger Männer, Personen über 55 Jahre, Rentner und Rentnerinnen sowie politisch eher rechts von der Mitte stehende.

## Wissen schärft das Bewusstsein

Die Einschätzung des Klimawandels hängt nicht unerheblich vom Wissen über seine Ursachen und die wahrscheinlichen Folgen ab. Generell fühlt sich die Mehrheit der Europäer recht gut über die Problematik informiert. Je besser der subjektive Informationsgrad ist, umso wichtiger wird auch das Problem eingeschätzt. Dies erscheint durchaus plausibel und gilt bei Betrachtung aller EU-Länder, aber es existieren auch durchaus erstaunliche Ausnahmen von dieser Regel, dass mit mehr Wissen auch eine größere Gefährdungseinschätzung einher

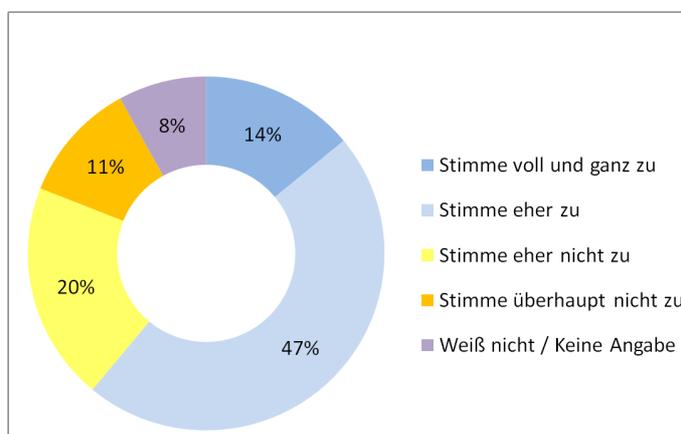
geht: Die Niederländer und Engländer fühlen sich zwar mit am besten von allen EU-Bürgern informiert, stufen aber den Klimawandel als weniger ernstes Problem ein. Dies verwundert auf den ersten Blick, denn beide Länder wären ja von den Folgen wie etwa vom prognostizierten Ansteigen des Meeresspiegels besonders stark betroffen. Die im Klimadiskurs häufig vorgetragene Annahme, dass Betroffenheit in besonderem Maße sensibilisiert und mobilisiert, scheint sich also nicht zu bestätigen. Woran könnte das in diesem Fall liegen? Möglicherweise wirken die jahrhundertelangen Erfahrungen im Kampf gegen die Gewalten des Meeres eher so, dass man den drohenden Gefahren mit gewisser Gelassenheit begegnet.

Was den Grad an Informiertheit betrifft, ist allerdings zu beachten, dass knapp die Hälfte der Europäer sich derzeit nicht gut informiert fühlen. Hier ist also noch viel an Informations- und Aufklärungsarbeit auf den verschiedenen Ebenen zu leisten. Vor allem die Einwohner der ärmeren Länder wie Portugal, Bulgarien, Rumänien und Türkei fühlen sich vergleichsweise schlecht informiert. In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Großbritannien sind es hingegen drei von vier Bürgern, die sich selbst einen guten Informationsstand über Ursachen und Konsequenzen des Klimawandels attestieren.

Auch wenn die generelle Aufmerksamkeit hinsichtlich des Klimawandels im Verlauf des letzten Jahres abgenommen hat, haben sich die Einstellungen im Detail keineswegs alle negativ entwickelt, so sind heute mehr Personen davon überzeugt, dass ein Umstieg auf Bio-Kraftstoffe sinnvoll ist und es erwarten sogar mehr Personen eine positive Auswirkung des Kampfs gegen den Klimawandel auf die Ökonomie, als dies 2008 der Fall war.

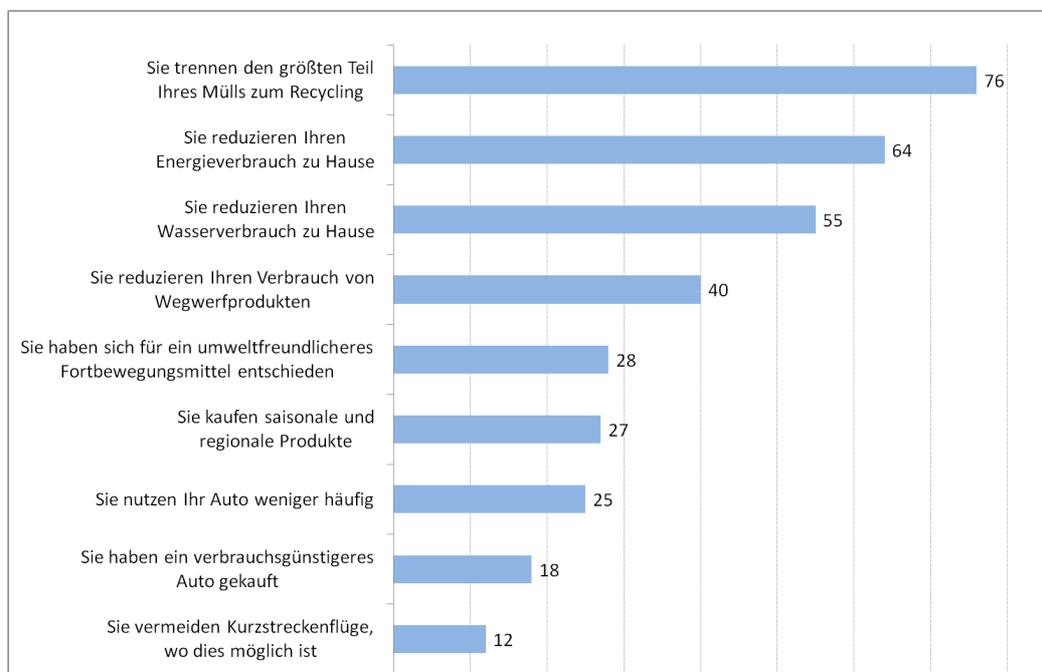
## Das persönliche Handeln

59% aller befragten Europäer sagen im Frühjahr 2009, dass sie selbst schon etwas im Kampf gegen den Klimawandel unternommen hätten, das sind 2% weniger als ein Jahr zuvor. Die Frage „Haben Sie persönlich schon etwas im Kampf gegen den Klimawandel unternommen“ ist natürlich eine sehr weich formulierte Frage, die man bereits mit „Ja“ beantworten kann, wenn man im letzten Jahr eine einzige Energiesparlampe gekauft hat.



**Abb. 2:** „Sie haben persönlich etwas unternommen, um dabei zu helfen, den Klimawandel zu bekämpfen.“ Europa; ab 15 Jahren; 26.661 Befragte. (Quelle: Europäische Kommission 2008: Eurobarometer 300)

Um welche Aktivitäten es sich genau handelt, ist der Abb. 3 zu entnehmen. Eindeutig auf dem ersten Platz liegt die Trennung des Hausmülls, eine Aktivität mit bescheidenem Effekt auf die Reduzierung von Klimagasen. Bei fast allen abgefragten Aktivitäten ist die Zahl der Deutschen, die angeben, entsprechend aktiv geworden zu sein, größer als der europäische Durchschnitt. Die Zahlen sind allerdings mit großer Vorsicht zu betrachten: In der deutschen Studie zum Umweltbewusstsein von 2006 wurde – inhaltlich etwas weiter gefasst – mit einer offenen Frage „Tun Sie persönlich etwas für den Umweltschutz? Wenn ja bitte ich Sie mir ein paar Stichworte zu nennen“ nach dem persönlichen Umwelthandeln gefragt. Hier mussten die Befragten also erst einmal nachdenken, was sie denn eigentlich in ihrem privaten Bereich tun, und dann spontan antworten. Die Ergebnisse unterscheiden sich stark von denen, die man bei Vorgabe von Antworten erzielt. Auch bei der offen gestellten Frage dominierte die Mülltrennung klar (65% nennen dies), und zwar mit wesentlich größerem Abstand zu den anderen Verhaltensweisen als bei der Eurobarometerstudie: „Sparsamer Umgang mit Energie“ wird von 26% und „Sparsames Autofahren“ von 24% genannt.



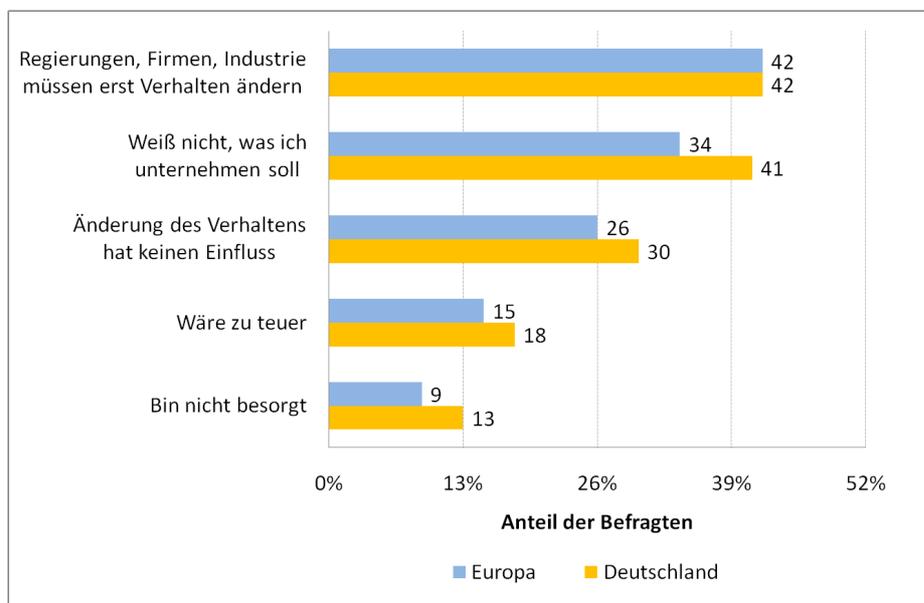
**Abb. 3: „Welche der folgenden Aktivitäten haben Sie persönlich unternommen, um den Klimawandel zu bekämpfen?“ Befragte, die persönliche Aktionen unternommen haben um den Klimawandel zu bekämpfen (16.113 Befragte); Mehrfachnennung möglich. Angaben in Prozent. (Quelle: Europäische Kommission 2008: Eurobarometer 300)**

Angesichts der hochgradigen sozialen Erwünschtheit von umweltfreundlichen Verhaltensweisen muss offenbar damit gerechnet werden, dass beim Vorlesen einer langen Liste von Handlungsmöglichkeiten viele Befragte ihr Verhalten positiver darstellen, als es eigentlich ist. So kommt es dazu, dass wesentlich mehr Verhaltensweisen bejaht werden, als bei einer offenen Fragestellung, wo sich die Befragten selbst an ihre Handlungen erinnern und diese benennen müssen.

Es ist auffällig, dass die Prozentsätze gleich in den Keller gehen, wenn nach sehr konkreten Handlungen gefragt wird, insbesondere dann, wenn diese mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. So haben bislang nur 3% eine freiwillige Klimaabgabe bei Flügen gezahlt und es gibt

auch wenige, die Willens sind, dies in Zukunft zu tun. Kaum höher ist die Zahl derjenigen, die Öko-Strom beziehen. Bei dieser Frage zeigt sich übrigens deutlich, wie viel soziale Erwünschtheit bei den Antworten im Spiel ist: Seit Jahren geben relativ viele Befragte an, dass sie in Zukunft Öko-Strom beziehen wollen, aber diese Absicht wird – wie die relativ konstanten Zahlen der Öko-Strom-Bezieher zeigen – nur von sehr wenigen auch realisiert.

Dass im persönlichen Bereich so wenige Personen aktiv handeln, ist aber nicht primär eine finanzielle Angelegenheit. Die Liste, der von den Nicht-Aktiven am häufigsten genannten Gründe (Abb. 4) zeugt davon dass viele dazu neigen, andere verantwortlich zu machen (Regierungen, Industrie) und nicht recht wissen, was sie tun sollen. Dass der Faktor „Kosten“ erst auf Rang 4 erscheint, ist plausibel, denn viele der für den Klimaschutz relevanten Handlungen sind ja eher mit Einsparungen verbunden, wie etwa der Verzicht auf Kurzstreckenflüge, das Fahren PS-schwächerer und verbrauchsgünstiger Autos, die Reduzierung der Raumwärme oder das Energiesparen generell. Selbst die Mehrausgaben für den teureren Ökostrom sind eigentlich relativ bescheiden.



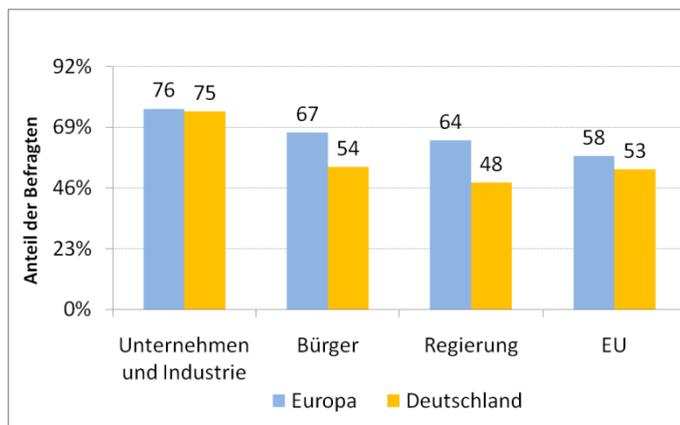
**Abb. 4:** „Welche Gründe, den Klimawandel nicht zu bekämpfen, treffen auf Sie zu?“ Befragte, die keine persönlichen Aktionen unternommen haben, um den Klimawandel zu bekämpfen. (Quelle: Europäische Kommission 2009: Eurobarometer 313)

## Wer ist „wir“?

Dass die nicht-aktiven Personen Regierung, Firmen und Industrie verantwortlich machen, ergibt Sinn, aber was sind die Gründe für die relativ geringen Aktivitäten bei denjenigen, die bereits aktiv geworden sind? Liegt das geringe Ausmaß an Aktivitäten auch bei ihnen daran, dass sie primär Wirtschaft und Staat verantwortlich machen, die Bürgerinnen und Bürger selbst aber nicht in der Verantwortung sehen? Diese Vermutung wird durch die Daten klar widerlegt: Zwar sieht auch diese Gruppe an erster Stelle Unternehmen und Industrie in der Pflicht, mehr zur Bekämpfung des Klimawandels zu tun, aber mehr als zwei Drittel sehen schon an zweiter Stelle die einzelnen Bürger in der Verantwortung noch vor der nationalen

Regierung und der EU-Ebene. Erstaunlich ist übrigens, dass die EU am wenigsten in die Pflicht genommen wird, obwohl doch gerade den internationalen Institutionen bei einem globalen Problem wie dem Klimawandel große Bedeutung zukommt.

Äußerst bemerkenswert, dass die Deutschen in dieser Frage ein auffällig anderes Antwortverhalten als im restlichen Fragebogen zeigen. Während die Deutschen bei vielen Fragen zwar nicht an der Spitze der Klimawandel-Sensiblen Europas, aber meist im oberen Drittel platziert sind, befinden sie sich hier weit unterdurchschnittlich fast am Ende der Skala. In keinem Land sind so viele Personen der Meinung, dass die Bürger doch schon genug tun würden – dies denken 41% der Deutschen gegenüber bspw. 17% in Frankreich, 17% in den Niederlanden und 21% in Schweden und Dänemark.



**Abb. 5:** „Wer macht Ihrer Meinung nach nicht genug, um den Klimawandel zu bekämpfen?“ Europa; ab 15 Jahren; 26.661 Befragte. (Quelle: Europäische Kommission 2008: Eurobarometer 300)

Es fällt auf, dass alle Fragen die in allgemeiner Form vom „Bürger“ sprechen oder als „Wir“-Fragen formuliert sind, hohe Zustimmungen aufweisen. In der deutschen Umweltbewusstseinsstudie von 2008 stimmen 84% der Aussage zu „Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen“ und sogar 86% der Aussage „Die Bürgerinnen und Bürger können durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen“; 75% glauben, dass durch den Druck von Bürgern wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz herbeigeführt werden können. 72% stimmen der Aussage zu „Bürgerinnen und Bürger können durch ihr Engagement in Umwelt- und Naturschutzverbänden wesentlich zum Klimaschutz beitragen. Offenkundig schließt im Denken der einzelnen Bürgerinnen und Bürger das „Wir“ das „Ich“ nicht ein. Ein gutes Beispiel für die anzutreffenden Denkmuster ist die folgende Aussage eines Studenten, den wir im Rahmen einer qualitativen Studie über die Wahrnehmung des Klimawandels befragt haben. Auf die Frage nach dem eigenen Handeln äußert er:

*„Aber das ändert ja nichts daran, dass jeder Mensch umweltbewusst leben sollte. Und ja ob man jetzt quasi im Winter dann Kirschen aus sonst wo essen muss (...) muss man ja nicht (lacht). Keine Ahnung. Aber ob da jetzt die Welt davon 2 Grad wärmer wird, wirklich weil man Kirschen aus (lacht) „Timbuktu“ isst, das glaube ich halt nicht. Ich glaube nicht, dass der Mensch so einen großen Einfluss haben kann. Und ja.“*

Man weiß, was man tun sollte oder müsste, kennt die soziale Norm („Jeder Mensch soll umweltbewusst leben“), stellt sich aber mit gewisser Nonchalance eine Art Sondererlaubnis aus.

In zahlreichen offenen Interviews, die wir geführt haben, spielt es eine Rolle, dass man anstelle einer individuellen Verantwortungsübernahme auf allgemein gültige Regeln und Gesetze verweist. „Wenn, dann sollen alle mitmachen“ oder noch besser: „Es sollen Verbote erlassen werden und gesetzliche Regelungen geschaffen werden.“ Gleichheit und Gerechtigkeit als Leitprinzipien und Leitmotive spielen ständig eine nicht nur unterschwellige Rolle: „Ökostrom, etwas für Leute, die es sich leisten können“. „Bio-Lebensmittel: nichts für arme Leute.“

## Das Thema Gerechtigkeit im politischen Diskurs

Ein zentrales Thema unserer Tagung wird sein, die sozialen Dimensionen des Klimawandels in den Blick zu nehmen. Das heißt, wir wollen das Handeln bzw. Nicht-handeln der Einzelnen und die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die Weltgesellschaft gewissermaßen durch die Gerechtigkeits-Brille betrachten.

Seit einigen Jahren ist das Thema Gerechtigkeit in aller Munde: Keine Diskussion im Parlament, keine Talkshow, kein Parteiprogramm kommt ohne den extensiven Gebrauch der unscheinbaren Vokabel „Gerechtigkeit“ bzw. „gerecht“ aus. Wir haben die Wahlprogramme, mit denen unsere Parteien im September zur Bundestagswahl angetreten sind, mit den Mitteln der Inhaltsanalyse ausgewertet und einige interessante Ergebnisse ermittelt.

Codesystem	Grüne	Linke	FDP	CDU	SPD
☒ ungerecht	11	13	2	1	1
☒ Gerechtigkeit	75	18	13	17	16

**Abb. 6:** Häufigkeit der Begriffe „Gerechtigkeit“ und „ungerecht“ in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 (Quantitative Inhaltsanalyse)

Der Begriff „Gerechtigkeit“ gehört zwar nicht zu den absoluten Top-Begriffen in den Wahlprogrammen, aber er spielt doch eine wichtige Rolle, insbesondere bei der Linkspartei und den Grünen, bei denen er auch im Titel des Wahlprogramm „Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit“ erscheint.

Die Verwendungsweisen des Begriffs Gerechtigkeit und die dabei gesetzten Schwerpunkte sind bei den Parteien durchaus unterschiedlich:

Bei der *CDU* ist am häufigsten von Generationengerechtigkeit die Rede – ferner von Leistungsgerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Wehrgerechtigkeit, finanzieller Gerechtigkeit für Familien und von Beitragsgerechtigkeit (bezogen auf die EU). Den Begriff „ungerecht“ bzw. „Ungerechtigkeit“ findet man nur ein einziges Mal auf 94 Seiten, und zwar im Kontext der Einführung einer Opferpension für SED-Opfer, um Ungerechtigkeiten des SED-Regimes auszugleichen.

Bei der *SPD* dominiert der zusammengesetzte Begriff „soziale Gerechtigkeit“. Weiterhin ist die Rede von Gerechtigkeit in der Bildung, Steuergerechtigkeit, globaler Gerechtigkeit und von der Notwendigkeit einer starken Justiz, um Gerechtigkeit durchzusetzen. Auch hier wird auf ebenfalls 94 Seiten nur einmal von „ungerecht“ gesprochen, und zwar in Bezug auf die ungleichen Chancen im Bildungssystem.

Bei der *FDP* sind Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit die dominierenden Verwendungsweisen. Darüber hinaus geht es bei der FDP um Wehrgerechtigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl, das man in der Mitte der Gesellschaft wie selbstverständlich verankert sieht. Von ungerecht ist nur im Kontext der Ausgestaltung des Wehrdienstes und der gesetzlichen Krankenversicherung die Rede.

Bei der *Linkspartei* führt eindeutig der Begriff soziale Gerechtigkeit die Verwendungsweisen des Begriffs an. Weiterhin findet man die Begriffe Geschlechtergerechtigkeit, Rentengerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Nord-Süd-Gerechtigkeit. Auffallend ist, dass bei der Linkspartei relativ häufiger als bei anderen Parteien von „ungerecht“ die Rede ist, mitunter in Kombination mit verstärkenden Adjektiven wie zutiefst oder hochgradig. Bildung, Kapitalismus, Löhne, Renten, der internationale Handel und generell unser Land sind Felder, in denen die Linkspartei Ungerechtigkeit diagnostiziert.

Bei den *Grünen* finden wir neben der sehr häufigen Wiederholung der vier zentralen Begriffe des Wahlprogramms „Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit“ vor allem eine Verwendung im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Gerechtigkeit im Klimaschutz. Da die Grünen mit Abstand am häufigsten von Gerechtigkeit sprechen, lassen sich auch fast alle Begriffszusammensetzungen in ihrem Wahlprogramm finden, also bspw. Chancengerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit, aber auch Steuergerechtigkeit und – ein Unikat – die Wortschöpfung Gerechtigkeitssteuer als neuen Begriff für Erbschaftssteuer. Als ungerecht gilt den Grünen die Verteilung von Wohlstand, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Bildung, BAföG, das Gleichstellungsdefizit zwischen Mann und Frau und die Profite der Atomwirtschaft. Im Wahlprogramm der Grünen findet man einen geradezu rekordverdächtigen Satz, in welchem in drei Zeilen gleich sechsmal der Begriff Gerechtigkeit vorkommt:

*„Deshalb verbinden wir Verteilungsgerechtigkeit mit Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und globaler Gerechtigkeit. und deshalb verbinden wir ökologische Politik mit der Gerechtigkeitsfrage.“*

## Zum Begriff der Gerechtigkeit

Für die weitere Diskussion bei dieser Tagung scheint es sinnvoll, noch einen Moment beim Gerechtigkeitsbegriff zu verharren und über die Bedeutung und die Dimensionen des Begriffs nachzudenken.

Gerechtigkeit ist, wie schon die kurze Exkursion in die Wahlprogramme der Parteien zeigte, ein ausgesprochen vielschichtiger und schillernder Begriff, der uns im gesamten Alltagsleben und politischen Leben begegnet. Kein Wunder also, dass auch im Kontext des globalen Kli-

mawandels und seiner Folgen Gerechtigkeit eine große Rolle spielt. Zur weiteren Einstimmung auf das Thema Gerechtigkeit werden an dieser Stelle in der mündlichen Präsentation einige Abbildungen über verschiedene Aspekte von Gerechtigkeit gezeigt, die nicht Teil dieser schriftlichen Fassung sind. Man sieht dort sehr eindrücklich, dass der Begriff in sehr unterschiedlichen Kontexten auftaucht und auch sehr verschiedene Bedeutung haben kann: Die Justitia als Göttin des Rechts, Gerechtigkeit als ein Begriff der Religion, als ein aktueller Begriff der Tages- und Parteipolitik und als eine Forderung des Umgangs mit gesellschaftlichen Gruppen.

Gerechtigkeit hat nicht nur mit geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen zu tun, sondern ist bei allen Menschen auch immer mit einem Gefühl verbunden. Schon als Kind glaubten wir zu wissen, was Gerechtigkeit oder als Adjektiv, was gerecht sei: Wenn Bruder oder Schwester zwei Stücke Schokolade bekamen und wir nur eines, war das ebenso ungerecht, wie wenn der eine bis elf Uhr außer Haus bleiben durfte, der andere aber nur bis 10; und wenn – mitgehangen, mitgefangen – wir (mit)bestraft wurden, obwohl wir persönlich gar nichts getan hatten, dann war auch das ungerecht.

Der Begriff der Gerechtigkeit ist mindestens so alt wie die abendländische Kultur und ebenso alt wie der Begriff ist die Auseinandersetzung um *unterschiedliche* Auffassungen von Gerechtigkeit. Im Begriff schwingt immer die Vorstellung eines idealen besseren sozialen Seins mit. Wer von Gerechtigkeit spricht, der meint gleich auch immer fordernd mit, dass Gerechtigkeit doch bitteschön hergestellt werden müsse. Es ist also ein Begriff, der zur Tat aufruft und immer auch normative Bezüge hat. Die gesellschaftliche Verwendung des Begriffs Gerechtigkeit ist also von vornherein von einer eigentümlichen Gegenläufigkeit charakterisiert: Zum einen ist der Begriff hochgradig konsensfähig – was sich etwa auch an den hohen Zustimmungswerten für die Grundprinzipien der Nachhaltigkeit; zum anderen ist er immer schon *umstritten*, d.h. es besteht eben keine Einigkeit, was denn im konkreten Fall unter gerecht zu verstehen ist.

*„Was ist Gerechtigkeit? Keine andere Frage ist so leidenschaftlich erörtert, für keine andere Frage so viel kostbares Blut, so viel bittere Tränen vergossen worden, über keine andere Frage haben die erlauchtesten Geister – von Platon bis Kant – so tief gegrübelt. Und doch ist diese Frage heute so unbeantwortet wie je. Vielleicht, weil es eine jener Fragen ist, für die die resignierte Weisheit gilt, dass der Mensch nie eine endgültige Antwort findet, sondern nur suchen kann, besser zu fragen.“ (Hans Kelsen, Was ist Gerechtigkeit?, Stuttgart 2000: 9)*

Dieses Zitat von Hans Kelsen macht deutlich, dass die Verwendung des Begriffs Gerechtigkeit in der politischen Auseinandersetzung auch seine Schattenseiten und natürlichen Begrenzungen hat. Das gilt erst recht bei einem solch existenziellen Problem wie dem globalen Klimawandel. Hier ist man sehr schnell mit Aussagen bei der Hand, dass die Demokratie möglicherweise einer adäquaten Reaktion der Menschheit auf die globale Erwärmung eher im Wege sei und allerorten diskutiert man bereitwillig über Einschränkungen persönlicher Freiheiten, über Vorschriften und Verbote aller Art: Da werden Solardächer für Einfamilienhäuser zur Pflicht, strenge Bauvorschriften erlassen, Glühlampen verboten, Flugreisen und viel verbrauchende Geländewagen geächtet.

Höchste Zeit also, sich unter den Gerechtigkeitstheorien umzuschauen, welche Theorie hier einen Bezugsrahmen für die Diskussion um „Gerechtigkeit und Klimawandel“ bilden kann. Diese Diskussion beinhaltet mit den Aspekten Globalität und Generationengerechtigkeit nämlich Fragestellungen, die im Gerechtigkeitsdiskurs – historisch betrachtet – neu sind. Dieser hatte – beginnend mit Platon – Gerechtigkeit zunächst als ein Prinzip der Tugend und der Sittlichkeit begriffen. Diese den einzelnen verpflichtende Auffassung lebt auch heute fort und kommt etwa im deutschen Amtseid zum Ausdruck. Dort ist zu schwören, dass man *seine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde*. Seit der Renaissance, spätestens im Vorfeld der bürgerlichen Revolutionen wurde Gerechtigkeit auch zunehmend als politische und soziale Gerechtigkeit begriffen. Die verschiedenen Konzepte des Gesellschaftsvertrags von Hobbes, Locke und Rousseau bis zu Hume hatten und haben einen immensen Einfluss auf staatliche Organisationsformen und Verfassungen. Mit der Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls ist seit den 1970er Jahren ein neuer Ansatz entstanden, der Gerechtigkeit als Fairness begreift und es erlaubt, auch dem globalen Problem Klimawandel mit einer Gerechtigkeitskonzeption zu begegnen, die Freiheit, Partizipation und Verantwortung zu den primären Ausgangspunkten macht.

## Eine moderne Gerechtigkeitskonzeption: John Rawls Theorie der Gerechtigkeit

Rawls Gerechtigkeitstheorie ist eine Vertragstheorie im Geiste Lockes und Kants, die von der Verschiedenheit der einzelnen Menschen ausgeht. Diese Verschiedenheit und nicht etwa der Gesamtnutzen der Gesellschaft stehen im Mittelpunkt der Rawlsschen Konzeption von Gerechtigkeit. Für welche Grundsätze, so fragt sich Rawls, würden sich freie und vernünftige Menschen in einer fairen und gleichen Ausgangssituation bei der Konstitution einer Gesellschaft entscheiden? Die fiktive Ausgangssituation bei Rawls ist charakterisiert durch Gleichheit aller in Bezug auf die Wahl der Grundsätze, Verbindlichkeit (jeder wird die beschlossenen Grundsätze einhalten), Nichtwissen (keiner weiß, welche Rolle er später in der Gesellschaftsordnung einnehmen wird) und Anerkennung von gesellschaftlichen Grundgütern (Rechte, Freiheiten und Chancen, Einkommen und Vermögen etc.). Unter diesen Voraussetzungen können sich alle Beteiligten vernünftigerweise auf zwei Grundsätze einigen:

1. Jeder Mensch hat ein gleiches Recht auf ein umfassendes System gleicher Grundfreiheiten, das mit dem gleichen System von Freiheiten für alle anderen verträglich ist.
2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind dann zulässig, wenn sie a) mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die jedermann offen stehen (Prinzip der fairen Chancengleichheit), und wenn sie b) zu einem größeren zu erwartenden Vorteil für die Schlechtergestellten führen (Differenzprinzip).

Bestandteil des ersten Grundsatzes ist die politisch-rechtliche Gleichheit, u.a. also Versammlungsfreiheit, die Gewissens- und Gedankenfreiheit, Redefreiheit und Wahlrecht sowie die Unverletzlichkeit der Person, der Schutz vor willkürlicher Festnahme bzw. Haft und das Recht auf Eigentum. Bestandteil des zweiten Grundsatzes ist die Chancengleichheit und das Differenzprinzip. Der erste Grundsatz ist dem zweiten übergeordnet, d.h. es gibt einen *Vorrang*

*für die Freiheit*, die nur eingeschränkt werden darf, wenn alle zustimmen und durch die Einschränkung die Freiheit im Gesamtsystem gestärkt wird. Zweitens gibt es einen Vorrang für die Gerechtigkeit, d.h. die Chancengleichheit hat Priorität vor dem Differenzprinzip, aber nur solange wie sie auch die Situation der Schlechtergestellten verbessert. Ungleichheit kann also nur durch das Differenzprinzip gerechtfertigt werden:

*„Wer von der Natur begünstigt ist, sei es, wer es wolle, der darf sich der Früchte nur so weit erfreuen, wie das auch die Lage der Benachteiligten verbessert. Die von der Natur Bevorzugten dürfen keine Vorteile haben, bloß weil sie begabter sind, sondern nur zur Deckung der Kosten ihrer Ausbildung und zu solcher Verwendung ihrer Gaben, dass auch den weniger Begünstigten geholfen wird. Niemand hat seine besseren natürlichen Fähigkeiten oder einen besseren Startplatz in der Gesellschaft verdient.“*  
(Rawls 1975: 122)

Dieses Prinzip könnte etwa die Einrichtung von Elitehochschulen rechtfertigen, vorausgesetzt die Resultate kommen auch den Schlechtergestellten zugute. Eine auf freier und vernünftiger Entscheidung beruhende Gesellschaft besitzt, so Rawls, zwei Grundfunktionen: Förderung von Interessenharmonie und Bewältigung von Konflikten. Soziale und politische Gerechtigkeit sind in seiner Theorie zusammengeführt. *Gerechtigkeit ist Fairness*, d.h. es geht im Kern um Verfahrensgerechtigkeit, die die Verschiedenheit der einzelnen Menschen berücksichtigt. Forderungen nach Generationengerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit lassen sich mehr oder weniger unmittelbar mit Rawls Theorie begründen.

## Quellen

Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie.* Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Kuckartz, Udo/Rheingans-Heintze, Anke (2006): *Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Europäische Kommission (2008): *Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel. Spezial Eurobarometer 300.* Brüssel. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_300\\_full\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_300_full_de.pdf) [13.11.2009].

Europäische Kommission (2009): *Europeans' attitudes towards climate change. Spezial Eurobarometer 313.* Brüssel. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_313\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_313_en.pdf) [13.11.2009].

Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke; Rädiker, Stefan (2007): *Tendenzen der Umwelt- und Risikowahrnehmung in einer Zeit des Wertpluralismus. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“.* Berlin: Umweltbundesamt. URL:

[http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/tendenzen\\_risikowahrnehmung.pdf](http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/tendenzen_risikowahrnehmung.pdf) [13.11.2009].

Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke; Rädiker, Stefan (2007): *Determinanten des Umweltverhaltens - Zwischen Rhetorik und Engagement. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“.* Berlin: Umweltbundesamt. URL:

[http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/determinanten\\_umweltverhalten.pdf](http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/determinanten_umweltverhalten.pdf) [13.11.2009].

Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke; Rädiker, Stefan (2007): *Informationsverhalten im Umweltschutz und Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“.* Berlin: Umweltbundesamt. URL:

<http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/informationsverhalten.pdf> [13.11.2009].

Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke; Rädiker, Stefan (2007): *Das Spannungsfeld Umwelt und Gerechtigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung. Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes „Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“.* Berlin: Umweltbundesamt. URL:

[http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/umwelt\\_gerechtigkeit.pdf](http://www.umweltbewusstsein.de/deutsch/2006/download/umwelt_gerechtigkeit.pdf) [13.11.2009].

Rawls, John (1975): *Eine Theorie der Gerechtigkeit,* Frankfurt am Main.